


Rechtsgrundlagen	
Für diesen Bebauungsplan gelten: - das Bundesbaugesetz (BBauG) in der Fassung vom 18. August 1976, geändert durch Artikel 9 Nr. 1 der Vereinfachungs- novelle vom 3. Dezember 1978 und durch das Gesetz zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von In- vestitionen im Städtebaurecht vom 8. Juli 1979. - die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) in der Fassung vom 15. September 1977.	
Planzeichenerklärung	
Art der baulichen Nutzung	
	Mischgebiet
	Mischgebiet gegliedert
	Gewerbegebiet gegliedert
	Gewerbegebiet
	Wohngebiet gegliedert
	Wohngebiet
Maß der baulichen Nutzung	
	0,2
	0,25
	0,3
	0,35
	0,4
	0,45
	0,5
	0,55
	0,6
	0,65
	0,7
	0,75
	0,8
	0,85
	0,9
	0,95
	1,0
Bauweise, Baulinien, Baugrenzen	
	offene Bauweise
	Bauweise mit Einbaueingangs- rückstellungen
	Bauweise mit Einbaueingangs- rückstellungen und Einbaueingangs- rückstellungen
	Bauweise mit Einbaueingangs- rückstellungen und Einbaueingangs- rückstellungen
	Bauweise mit Einbaueingangs- rückstellungen und Einbaueingangs- rückstellungen
	Bauweise mit Einbaueingangs- rückstellungen und Einbaueingangs- rückstellungen
	Bauweise mit Einbaueingangs- rückstellungen und Einbaueingangs- rückstellungen
	Bauweise mit Einbaueingangs- rückstellungen und Einbaueingangs- rückstellungen
	Bauweise mit Einbaueingangs- rückstellungen und Einbaueingangs- rückstellungen
	Bauweise mit Einbaueingangs- rückstellungen und Einbaueingangs- rückstellungen
Verkehrsflächen	
	Straßenverkehrsflächen
	Straßenverkehrsflächen mit Einbaueingangs- rückstellungen
	Straßenverkehrsflächen mit Einbaueingangs- rückstellungen und Einbaueingangs- rückstellungen
	Straßenverkehrsflächen mit Einbaueingangs- rückstellungen und Einbaueingangs- rückstellungen
	Straßenverkehrsflächen mit Einbaueingangs- rückstellungen und Einbaueingangs- rückstellungen
	Straßenverkehrsflächen mit Einbaueingangs- rückstellungen und Einbaueingangs- rückstellungen
	Straßenverkehrsflächen mit Einbaueingangs- rückstellungen und Einbaueingangs- rückstellungen
	Straßenverkehrsflächen mit Einbaueingangs- rückstellungen und Einbaueingangs- rückstellungen
	Straßenverkehrsflächen mit Einbaueingangs- rückstellungen und Einbaueingangs- rückstellungen
	Straßenverkehrsflächen mit Einbaueingangs- rückstellungen und Einbaueingangs- rückstellungen
Grünflächen	
	öffentliche Grünflächen
	private Grünflächen
	Grünflächen mit Einbaueingangs- rückstellungen
	Grünflächen mit Einbaueingangs- rückstellungen und Einbaueingangs- rückstellungen
	Grünflächen mit Einbaueingangs- rückstellungen und Einbaueingangs- rückstellungen
	Grünflächen mit Einbaueingangs- rückstellungen und Einbaueingangs- rückstellungen
	Grünflächen mit Einbaueingangs- rückstellungen und Einbaueingangs- rückstellungen
	Grünflächen mit Einbaueingangs- rückstellungen und Einbaueingangs- rückstellungen
	Grünflächen mit Einbaueingangs- rückstellungen und Einbaueingangs- rückstellungen
	Grünflächen mit Einbaueingangs- rückstellungen und Einbaueingangs- rückstellungen
Sonstige Planzeichen	
	Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Spielplätze, Gärten und Gemeinschaftsanlagen
	Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Spielplätze, Gärten und Gemeinschaftsanlagen
	Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Spielplätze, Gärten und Gemeinschaftsanlagen
	Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Spielplätze, Gärten und Gemeinschaftsanlagen
	Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Spielplätze, Gärten und Gemeinschaftsanlagen
	Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Spielplätze, Gärten und Gemeinschaftsanlagen
	Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Spielplätze, Gärten und Gemeinschaftsanlagen
	Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Spielplätze, Gärten und Gemeinschaftsanlagen
	Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Spielplätze, Gärten und Gemeinschaftsanlagen
	Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Spielplätze, Gärten und Gemeinschaftsanlagen

Textliche Festsetzungen

Im Mlg sind Gebäude, Betriebe und Anlagen gem. § 6 (2) Ziff. 2-7 sowie
§ 6 (3) BauNVO zulässig. Wohngebäude sind nur im Zusammenhang mit Betrieben
für Aufsichtspersonen, Betriebsinhaber und Betriebsleiter zulässig.
Im Gg sind Gewerbebetriebe, Anlagen sowie Nutzungen zulässig, die infolge ihrer
Emissionen in einem Mischgebiet zulässig wären, sowie Wohnungen und Anlagen
gem. § 8 (3) Ziff. 1-2 BauNVO.
Auf den Flächen, auf denen das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern
gem. § 9 (1) Ziff. 25a BBauG festgesetzt ist, müssen je 30 m² ein heimischer
Laubstrauch und je 150 m² ein hochwachsender Laubbaum angepflanzt werden.

Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 09.06.1986). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei. Die neu bildenden Grenzen lassen sich einwandfrei in die Öffentlichkeit übertragen. Hildesheim, den 08.08.1986 Stadtvermessungsamt		Für die Aufstellung des Planentwurfs. Hildesheim, den 08.08.1986 Stadtplanungsamt		Die Aufstellung dieses Bebauungsplanes wurde gem. § 2 (1) BBauG (neueste Fassung) vom Rat der Stadt Hildesheim am 27.01.1986 beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 08.04.1986 in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekanntgemacht. Die öffentliche Darlegung gem. § 2 a (2) BBauG erfolgte vom 10.04.1986 bis 17.04.1986. Gleichzeitig bestand allgemeine Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung Bürgerversammlungen am 17.04.1986. Hildesheim, den 18.04.1986 Der Oberstadtdirektor Im Auftrage		Der Entwurf mit Begründung zur Aufstellung dieses Bebauungsplanes hat gem. § 2 a (6) Bundesbaugesetz (neueste Fassung) in der Zeit vom 17.11.1986 bis 16.12.1986 zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegen. Die Auslegung ist am 08.11.1986 mit dem Hinweis auf die Möglichkeit zur Erhebung von Anregungen und Bedenken während der Auslegungsdauer in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekanntgemacht worden. Hildesheim, den 17.12.1986 Der Oberstadtdirektor Im Auftrage	
Der Entwurf zur Aufstellung dieses Bebauungsplanes wurde aufgrund der gem. § 2 a (6) Bundesbaugesetz (neueste Fassung) vorgebrachten Anregungen und Bedenken geändert. Der Rat der Stadt Hildesheim hat in der Sitzung am 14.10.1987 die Änderung beschlossen und die erneute öffentliche Auslegung beschlossen. Hildesheim, den 14.10.1987 Der Oberstadtdirektor Im Auftrage		Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10 Bundesbaugesetz (neueste Fassung) und der Niedersächsischen Gemeindeordnung (neueste Fassung) vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom 23.02.1987 als Satzung beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 Bundesbaugesetz beiliegend, ihr wurde zugestimmt. Hildesheim, den 23.02.1987 Der Oberstadtdirektor Im Auftrage		G E N E I M I G T gem. § 11 des Bundesbaugesetzes (neueste Fassung), nach Maßgabe der Verfügung vom 23.02.1987 vom heiligen Tage. Hildesheim, den 23.02.1987 Der Oberstadtdirektor Im Auftrage		Dieser Bebauungsplan mit Begründung liegt gemäß § 12 Bundesbaugesetz (neueste Fassung) ab 14.10.1987 öffentlich aus. Die Genehmigung, Ort und Zeit der Auslegung sind gemäß § 12 Bundesbaugesetz am 14.10.1987 im Amtsblatt für den Landkreis Hildesheim bekanntgemacht worden. Die Hinweise auf 44c und 150a BBauG sind erfolgt. Mit der Bekanntmachung wird dieser Bebauungsplan rechtsverbindlich. Hildesheim, den 14.10.1987 Der Oberstadtdirektor Im Auftrage	
Der Rat der Stadt Hildesheim hat in seiner Sitzung am 23.02.1987 die Genehmigung der Bebauungsplanung der Bezirksregierung Hannover vom 23.02.1987 Az.: 309.7-23102-2-54/11187 begeben. Hildesheim, den 23.02.1987 Der Oberstadtdirektor Im Auftrage		Der Rat der Stadt Hildesheim hat in seiner Sitzung am 23.02.1987 die Genehmigung der Bebauungsplanung der Bezirksregierung Hannover vom 23.02.1987 Az.: 309.7-23102-2-54/11187 begeben. Hildesheim, den 23.02.1987 Der Oberstadtdirektor Im Auftrage		Der Rat der Stadt Hildesheim hat in seiner Sitzung am 23.02.1987 die Genehmigung der Bebauungsplanung der Bezirksregierung Hannover vom 23.02.1987 Az.: 309.7-23102-2-54/11187 begeben. Hildesheim, den 23.02.1987 Der Oberstadtdirektor Im Auftrage		Der Rat der Stadt Hildesheim hat in seiner Sitzung am 23.02.1987 die Genehmigung der Bebauungsplanung der Bezirksregierung Hannover vom 23.02.1987 Az.: 309.7-23102-2-54/11187 begeben. Hildesheim, den 23.02.1987 Der Oberstadtdirektor Im Auftrage	



STADT HILDESHEIM

Bebauungsplan Nr. 228

Für das Gebiet nördlich der Hildebrandstraße

Maßstab 1:500